

## **Medienkonferenz**

### **«Wirtschaftslage und konjunktureller Ausblick 2012»**

Montag, 5. Dezember 2011

Es gilt das gesprochene Wort

# EU-Schuldenkrise: auch ein Challenge für die Schweiz

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economieuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Vor genau zwei Jahren hat economieuisse die Publikation «Verschuldungsprobleme als Herausforderung nach der Krise» veröffentlicht. Zwar wurden kurz zuvor, in den Jahren 2008/2009, zur Stabilisierung der Konjunktur weltweit Fiskalpakete in historischem Ausmass beschlossen. Dennoch wurde damals in der Öffentlichkeit kaum über die Gefahren dieser Massnahmen diskutiert. Die eingegangenen Verpflichtungen trieben schlagartig die staatliche Verschuldung zahlreicher OECD-Länder auf einen Höchststand. Diese drastische Erhöhung der Staatsverschuldung traf zahlreiche Länder unvorbereitet, denn die verfolgte Finanzpolitik konnte bereits vor der Finanzkrise vielerorts als strukturell nicht nachhaltig bezeichnet werden, nicht zuletzt wegen aufgeblähten Sozialwerken und wachstumshemmenden Rahmenbedingungen. Die daraus folgenden Entwicklungen waren für uns leider absolut absehbar.

Die EU-Mitgliedsstaaten und die Eurozone wurden von der Verschuldungskrise besonders hart getroffen. Da die EU unser bei Weitem wichtigster Wirtschaftspartner ist, gilt es für unser Land, ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung in der Eurozone zu legen. Die Schweiz hat ein grosses Interesse, dass die EU ihre massiven strukturellen finanziellen Ungleichgewichte in den Griff bekommt. Die Schuldenkrise in der EU ist allerdings noch lange nicht ausgestanden und das Vertrauen der Märkte hat stark gelitten. Egal, welches Finanzarchitekturmodell gewählt wird, es besteht nach wie vor eine grosse Unsicherheit darüber, ob die betroffenen Regierungen vor allem mittel- bis langfristig in der Lage sind, die nötigen Reformen sowie Sparvorgaben im erforderlichen Umfang umzusetzen.

## **Europäische Anstrengungen**

Die Schuldenkrise hat in der EU zu einem fundamentalen Umdenken bezüglich Finanzarchitektur der Euroländer geführt. Man ist sich einig, dass ein unkontrollierter Staatsbankrott, selbst eines kleinen Eurolandes, nicht nur die Stabilität der Währungsunion, sondern auch die des gesamten europäischen, gar weltweiten Finanzsystems in Mitleidenschaft ziehen würde. Mit dem Konstrukt des «Euro-Rettungsschirms» wurde den überschuldeten Euroländern finanziell rasch unter die Arme gegriffen. Diese provisorische Einrichtung soll nun als «Europäischer Stabilitätsmechanismus» mit einem entsprechenden Fonds (EFSF) institutionalisiert werden. Nur die groben Eckwerte sind bekannt, viele nicht triviale Fragen stellen sich aber bei der konkreten Ausgestaltung. Wie sich zudem dieses Finanzinstrument mit der sogenannten «No bailout»-Klausel im Maastricht-Vertrag, die die finanzielle Eigenständigkeit jedes EU-Mitgliedsstaats fordert, vereinbaren lässt, bleibt dahingestellt.

Zudem deutet vieles darauf hin, dass seitens der EU noch weitere Massnahmen zur Stabilisierung der Eurozone erwogen werden. Momentan im Vordergrund steht die Schaffung gemeinsamer europäischer Schuldverschreibungen, sogenannter «Euro-Bonds». Diese würden vor allem von der Reputation Deutschlands profitieren und damit eine günstigere Refinanzierung der hochverschuldeten Staaten ermöglichen. Ob sich Deutschland an solch einem Konstrukt jedoch tatsächlich beteiligen wird, ist unsicher, verteuert es doch voraussichtlich indirekt den eigenen Schuldendienst. Weiter steht die Idee einer gemeinsamen Finanz- und Steuerpolitik innerhalb der Eurozone im Raum. Dabei handelt es sich um eine langfristige Stabilisierungsmassnahme, die in erster Linie darauf abzielt, eine Wiederholung der jetzigen Krise zu verhindern. Allerdings würde dies bedeuten, dass ein wesentlicher Teil der nationalen Souveränität abgegeben werden müsste. Auch für BusinessEurope, den Dachverband der europäischen Wirtschaft, steht ausser Frage, dass weder Euro-Bonds noch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik genügend rasch umgesetzt werden könnten, um eine Linderung der Krise zu erreichen.

Schliesslich wird ein stärkeres Engagement der Europäischen Zentralbank (EZB) gefordert. Mit unbegrenzten Mitteln ausgestattet, soll sie sich dazu bereit erklären, Staatsschulden flächendeckend zu monetarisieren. Dies würde zwar den Kostendruck der Refinanzierung durchbrechen, wäre aber ein klarer Verstoß gegen den Maastricht-Vertrag und ginge mit dem Risiko einer stark erhöhten Inflation einher. Wiederum dürfte Deutschland hier wohl am stärksten auf die Bremse treten. Bedingt durch die eigenen historischen Erfahrungen, scheut man die Finanzierung der Staatsverschuldung durch die Notenpresse.

### **Zentrale Rolle des IWF**

In der öffentlichen Diskussion oft vergessen geht die wichtige Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) bei der Stabilisierung der Eurozone. Dieser beteiligt sich einerseits finanziell mit einem Rettungspaket in der Höhe von rund 250 Milliarden Euro, andererseits arbeitet er bei der Ausarbeitung wirtschaftspolitischer Reformagenden mit und macht Druck, dass die betroffenen Länder ihre Haushaltsdisziplin einhalten. An der Weiterführung dieser Politik der «sticks and carrots» hat die Schweiz ein eminentes wirtschafts- und finanzpolitisches Interesse. Das starke Engagement des IWF zeigt die Bedeutung einer gesunden Eurozone für die Stabilität des internationalen Handelssystems. Eine weitreichende Verschärfung der Krise wäre eben nicht auf die betroffenen Länder begrenzt, sondern hätte gravierende Konsequenzen für die Weltwirtschaft als Ganzes.

Entsprechend kann und muss die gewichtige Stimme der Schweiz, die sich stets für eine rigorose Haushaltsdisziplin bei IWF-Kreditnehmern einsetzt, innerhalb der Institution des IWF in Washington hervorgehoben werden. Die Erhöhung der Einlagen der Schweiz beim IWF demonstriert aber gleichzeitig eindrücklich unseren Willen, einen Beitrag zur Stabilisierung der Eurozone zu leisten. Der IWF ist der Rahmen, in welchem die Schweiz aufgrund ihrer Position und ihrer Verwurzelung am effektivsten ihre Unterstützung für die Stabilität des Euros leisten kann. Falls die Schweiz zusätzlich für einen direkten Beitrag am Europäischen Stabilitätsmechanismus angefragt würde, wäre dies von den Bundesbehörden seriös zu prüfen. Aus Sicht der Wirtschaft ist das jedoch – aus heutiger Sicht – das falsche Gefäss für eine Beteiligung unseres Landes, insbesondere auch, weil die Schweiz aufgrund des starken Frankens bereits eine grosse Last tragen muss. Die von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) gehaltenen Währungsreserven in Euro belaufen sich derzeit immerhin auf etwa 150 Milliarden Euro. *economiesuisse* würde daher eine direkte Beteiligung an den Rettungsinstitutionen der EU entschieden ablehnen.

### **Konsequenzen für die Schweiz**

Es versteht sich von selbst, dass für die wirtschaftlich in Europa stark vernetzte Schweiz die Krise nicht ohne Folgen sein wird. Die währungspolitischen Konsequenzen unter dem Stichwort «Frankenstärke» beschäftigen uns nun schon einige Monate, und daran wird sich auch mittelfristig nichts ändern. Zentral ist dabei, und dies kann nicht genug stark betont werden, die Unabhängigkeit der Nationalbank in geldpolitischen Angelegenheiten. Nur eine von der Politik losgelöste Institution hat die nötige Reputation und die Möglichkeiten, die Schweizer Wirtschaft in der momentanen Situation zu stützen, ohne dabei langfristig grossen Schaden anzurichten.

Die Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU sind schwer zu beurteilen. Zurzeit ist die EU sehr stark mit sich beschäftigt. Es besteht die Gefahr einer weiteren Zentralisierung innerhalb der Union, was zukünftige Verhandlungen – über die bereits äusserst schwerfälligen Entscheidungsmühlen innerhalb der EU hinaus – nicht einfacher machen wird. Dabei dürfte die Versuchung, auf Dritte ablenken zu wollen, steigen. Insbesondere könnte der Druck der EU auf die Schweiz im Bereich Steuern anhalten. Für die Schweizer Wirtschaft ist klar: Wir setzen uns auch in Zukunft für die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs ein, auch unter erschwerten Bedingungen, nur im beidseitigen Interesse und nicht um jeden Preis.

Die Schweizer Wirtschaft steht vor herausfordernden Zeiten in einem anhaltend schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld. Die Politik ist umso mehr gefordert, die Rahmenbedingungen im «Hause Schweiz» permanent zu verbessern und unser Land damit international konkurrenz- und innovationsfähig zu halten. Dazu gehören Anpassungen im Bereich der Unternehmensbesteuerung, gesunde Staatsfinanzen, die Erhaltung einer günstigen Energieversorgung, aber auch der Zugang zu neuen Märkten. Letzteres ist insbesondere mit Blick auf das mittelfristig möglicherweise verminderte Wachstumspotenzial der EU von zentraler Bedeutung. Eine international diversifizierte Schweizer Wirtschaft würde auch für zukünftige Krisen besser gewappnet sein.